

Frau Zorlu bedankt sich für die Verwaltungsvorlage und fragt, ob es noch möglich sei, die Standorte der E-Bike Stationen zu verändern. Sie beantragt im Namen der SPD Fraktion die nachfolgend genannten Anregungen mit in die Gespräche mit der RSVG und dem Kreis einzubringen. Sie möchte der Bürgerschaft die Möglichkeit bieten, auch ohne Auto in den Ortskern fahren zu können und fordert daher ein erweitertes Angebot im Außenbereich. Frau Straßek-Knipp führt aus, dies bedürfe einer Abstimmung mit dem Rhein-Sieg-Kreis. In der nächsten Sitzung des Ausschusses werde die gewünschte Standortveränderung erneut aufgenommen.

Weiter beantragt Frau Zorlu, den Tausch zweier E-Bikes gegen ein E-Lastenrad und die Einrichtung einer vollwertigen Station am Marktplatz zu prüfen. Frau Straßek-Knipp teilt mit, dass eine Station mit Ladefunktion am Marktplatz nicht vorgesehen sei. Frau Zorlu schlägt daraufhin vor, die virtuelle Station am Markt zu streichen und anstelle dessen beispielsweise in Eitorf-Merten am Bahnhof eine vollwertige Station zu errichten.

Erster Beigeordneter Sterzenbach fasst zusammen, dass die SPD Fraktion drei vollwertige Stationen mit Ladestation fordere, eine in Mühleip, eine am Eitorfer Bahnhof, und eine in einem geeigneten, noch auszusuchenden Außenort.

Frau Haas begrüßt im Namen ihrer Fraktion ebenfalls die Idee, die Leihradstationen dort zu platzieren, wo die Menschen wohnen. Konkret wünsche man insgesamt vier Standorte sowie eine Station mit Lademöglichkeit am Marktplatz. Frau Haas fragt weiter, ob eine Klausel in den Vertrag mit Nextbike eingefügt werden könne, durch welche die Verwaltung die Nutzungsdaten der E-Bikes erhalten und mittelfristig eine Nutzungsbilanz ziehen könne.

In der Anschaffung von E-Lastenfahrrädern sehe sie ebenfalls einen echten Mehrwert, da man so auch mal größere Dinge transportieren könne. In diesem Zusammenhang schlägt sie vor, alle drei Monate eine Rotation des E-Lastenrads zwischen den Standorten einzuführen. Sie ist der Meinung, das Ganze durch diese Idee bewerben und am Leben halten zu können.

Herr Roßbach spricht sich grundsätzlich für die Verwaltungsvorlage aus, erachtet es jedoch als problematisch, dass die anfallenden Kosten vollständig von der Gemeinde getragen werden sollen. Erster Beigeordneter Sterzenbach informiert ergänzend, dass das System aus der ÖPNV-Umlage sowie der Kreisumlage bezahlt werde.

Er hält fest, dass die Bündnis 90/Die Grünen Fraktion insgesamt vier vollwertige Stationen sowie eine Hilfsstation am Marktplatz fordere. Als Standorte seien der Ort Mühleip, der Eitorfer Bahnhof und zwei noch auszusuchende geeignete Außenorte, wie beispielweise Merten und Alzenbach, angedacht. Er betont, die Planung befasse sich zunächst mit den „Basics“. Eine zügige Ersteinführung sei wichtig. Sodann könne man den Verlauf und die Annahme des Systems im Auge behalten und Erkenntnisse darüber erlangen, welcher Siedlungsbereich noch prädestiniert sei. Erweiterungsmöglichkeiten, in welche man die zuvor genannten Anträge einbringen könne, gebe es durchaus.

Herr Utsch beauftragt die Verwaltung, die in der Verwaltungsvorlage angesprochene Vorlage aus dem Finanzausschuss des Kreises zu ziehen und dem Ausschuss zur Durchsicht zur Verfügung zu stellen. Weiter bittet er die genauen Kosten eines E-Bikes zu ermitteln und beantragt in diesem Zusammenhang die Anbringung eines Schildes an den Stationen, aus welchem die monatlichen Kosten eines E-Bikes hervorgehen.

Frau Zorlu bittet die Anträge der SPD Fraktion zum Thema Radwege-Infrastrukturen aus dem letzten Jahr zum nächsten Ausschuss vorzubereiten. Sie möchte weiter wissen, ob überdachte Radstationen als mögliche kostengünstigere Option im Vergleich zu den Fahrradboxen in Betracht kämen.

Erster Beigeordneter Sterzenbach teilt dem Ausschuss mit, dass die Verwaltung die verschiedenen Anträge auswerte und daraufhin mit den Kollegen des Rhein-Sieg-Kreises ins Gespräch gehen werde. Mit einer Ergänzungsvorlage werde das Thema spätestens im übernächsten Ausschuss erneut thematisiert.

Frau Faßbender spricht sich im Namen ihrer Fraktion dafür aus, zunächst die in der Verwaltungsvorlage ausgeführten Planungen als Basis anzulegen und im Falle eines positiven Verlaufs weitere Stationen zugänglich aufzubauen.

Herr Sterzenbach möchte wissen, ob Konsens darüber bestehe, dass die Verwaltung im Hinblick auf kommende Bestellungen die aus der Verwaltungsvorlage hervorgehende Planung umsetze. Dies ist der Fall.

Frau Zorlu und Frau Haas weisen darauf hin, dass falsch geplante Standorte die Akzeptanz des Systems negativ beeinflussen könnten und daher die Standortwahl von Beginn an richtig geplant werden müsse.